





In den Bruderländern

Hohe Auszeichnung

WARSAU. Dem Kollektiv des Dimitroff-Werks für Hochspannungsapparatur in Warschau ist die höchste Auszeichnung — der Orden des Arbeitshähners I. Klasse — verliehen worden. Mit diesem Orden wurde der gewichtige Beitrag des Betriebs für die Entwicklung der Energietechnik Polens gewürdigt.

Diese Industriebetriebe der polnischen Hauptstadt ist führend in seiner Branche, tritt im Laufe mehrerer Jahre wiederholt als Urheber von Arbeitsinitiativen auf. In Erwidierung des Schreibens des Ersten Sekretärs des ZK der PVPAP

E. Gierok übernahm er als einer der ersten erhöhte sozialistische Verpflichtungen zu Ehren des 35. Jahrestags der VR Polen und löst sie erfolgreich ein. Beindruckend sind die Produktionsmehrwerte des Werks, das täglich Erzeugnisse für mehr als 1 Million Zloty liefert. Die hier gebauten Transformatoren, elektrotechnische Unterbrecher, Meß- und Röntgenapparatur sowie die Systeme der elektrischen Blockung finden weitgehende Anwendung in vielen Zweigen der Industrie Polens und im Ausland.

Im Abschlußstadium

BERLIN. Einer der führenden Integrationsobjekte, die in der DDR errichtet werden, — der neue Komplex zur Produktion von natriumchlorid, wird im Abschlußstadium und Walzwerk Riesa (Bez. Dresden) — soll bald am Vorabend des 30. Jahrestags der DDR anlaufen. An seinem Bau beteiligen sich die DDR, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei.

Wollte man alle Rohre, die hier im Laufe eines Jahres hergestellt werden sollen, aneinanderringen, so

würden sie mit Überschuß den Erdball am Äquator umgürten. Heute beträgt die Leistungsfähigkeit des Werks 190.000 Tonnen Rohre. Ein solcher Produktionsumfang ist vor allem den modernen technologischen Ausrüstungen, zu verdanken, die von den Bruderländern bereitgestellt wurden, wie z. B. Anlagen für unzerbrechliche Stahlgießen aus der UdSSR, Trennanlagen und die Ausrüstung für das zentrale Steuerpult aus der Tschechoslowakei.

Jubiläum der Prager Akademie der Künste

PRAG. Die Prager Akademie der Künste begeht ihren 180. Gründungstag. Anlässlich dieses Ereignisses fand in der Karlsuniversität von Prag eine Festversammlung statt, der das Mitglied des Präsidiums des ZK der KP Tschechien, Vorsitzender der GSSR-Legation, Leo Strojil, die Prager Partei- und Staatsfunktionäre, Absolventen, Lehrer und Hörer der Akademie beizwohnten.

Anlässlich des ruhmreichen Jubiläums wurden Kunstausstellungen eröffnet. Die interessanteste

von ihnen ist die Retrospektivausstellung, die über den Beitrag der Prager Akademie der Künste für die Entwicklung der Kultur des Landes in all den Jahren ihrer Tätigkeit erzählt.

„Seit 1799 erzog die Akademie eine ganze Plejade hervorragender Künstler“, erzählte dem TASS-Korrespondenten der Rektor der Akademie, Milos Asmann. Ihr Nachlaß begeistert die heutige Generation der Meister der bildenden Kunst.

Sommersaison abgeschlossen

BUDAPEST. In den Erholungsheimen und Sanatorien der Gegend um Budapest ist die Sommersaison abgeschlossen. In diesem Jahr haben sich an den Kurorten Balaton, in den malerischen Bergen Matra und Bück, an den Donauschlüngen nach vortrefflichen Einweisungsscheinen der Gewerkschaften über 1,1 Millionen Arbeiter und Angestellte erholt. Für die

Bessergestaltung der Erholungsmöglichkeiten, für den Bau neuer Heilstätten sind 120 Millionen Forints ausgegeben worden. Besonders Aufmerksamkeit wurde der Erweiterung der Möglichkeiten für die Familienheiler geschenkt, das Netz der Heil- und Vorbeugungsanstalten erlebte eine weitere Entfaltung.

SOZIALE Sicherheit — das ist die Frage nach der objektiven Stellung der arbeitenden Menschen in einer bestimmten Gesellschaftsordnung, das ist letztlich die Frage nach dem Charakter der Gesellschaftsordnung.

Wir in der Sowjetunion sind schon lange an den Satz gewöhnt, den wir ständig in den alljährlichen Mitteilungen der Hauptverwaltung Statistik über die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne der UdSSR treffen: „Wie auch in den vorhergehenden Jahren gab es keine Arbeitslosigkeit im Lande der Sowjetunion.“ Die Sowjetmenschensatz schon mehrere Jahrzehnte mit Stolz. In unserem Lande sind die Schrecken der Arbeitslosigkeit für immer überwunden, Unser Grundgesetz, die Verfassung des entwickelten Sozialismus sichert allen Bürgern unseres Landes Arbeitsplätze entsprechend ihrer eigenen Beruf, den Veranlagungen und den Möglichkeiten.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht die soziale Sicherheit der Werktätigen, sondern der Profitorberstes Gebot. Dort kann von sicheren Arbeitsplätzen nicht die Rede sein. Die Arbeiter müssen sich selber um ihren Lebensunterhalt sorgen und um die Zukunft. Nachstehend bringen wir zu diesem Problem einen von uns leicht gekürzten Beitrag aus der „Deutschen Volkszeitung“ (BRD).

„Melden Sie sich wieder in vier bis sechs Wochen“

(Protokoll meiner Arbeitslosigkeit)

Ich bin Chemielaborant von Beruf und gehöre seit knapp zehn Jahren dem großen Heer der „schwer vermittelbaren“ arbeitslosen Frauen an, ich habe das Arbeitsverhältnis nach der Geburt meines Sohnes im März 1978 verlassen, weil ich ihn nicht ganzjährig in eine Krippe geben wollte und eine Teilzeitschäftigung nicht möglich war. Ich strebe also eine Teilzeitschäftigung an, weil ich einerseits meine Arbeit brauche, aber andererseits mein Kind nicht nur zum Abendrot sehen möchte.

Im Mai 1978 meldete ich mich bei der Vermittlungsstelle für Angestellte des Arbeitsamtes Hamburg und beantragte Arbeitslosengeld.

Mai: Ich bin überrascht, welches Verständnis man mir entgegenbringt. Der Vermittler bedankt sich, mir im Moment keinen Arbeitsvorschlag machen zu können.

„Melden Sie sich in vier bis sechs Wochen.“ Ehrlich gesagt, wünsche ich mir auch nicht sofort eine Stelle. In den meisten europäischen Staaten ist das sogenannte Babyjahr längst eingeführt.

Juli: Inzwischen flattert ein Vermittlungsvorschlag ins Haus. Ein Anruf bei der Firma ergab: Die Stelle ist längst besetzt. Beim Arbeitsamt bedauerndes Schütteln, dasselbe im August, als ich mich vor dem „lange geplanten Familienurlaub“ abmelde. In den letzten Wochen hatte ich manchmal ein schlechtes Gewissen, wenn Bekannte mich um die Arbeitslosenzulage („Geld für nichts“) beneiden. Es schleicht sich der Eindruck ein, daß meine Arbeitslosigkeit gar nicht so sehr angedeutet wird. Ich werde öfter gefragt, wie ich mich denn so fühle als „Hausfrau und Mutter“...

September/Oktober: Ich habe beim Arbeitsamt eine Frau getroffen, die sagte, es käme hauptsächlich darauf an, einen guten Eindruck bei der Vorstellung zu hinterlassen. — Dazu muß es zuerst mal kommen, ich wünsche mir Glück. Ich erkundigte mich nach Fortbildungsmöglichkeiten, Ergebnis: Das Arbeitsamt erwägt solche Maßnahmen erst nach längerer Arbeitslosigkeit. Bei meinem Besuch von Tagesskursen steht man auf einem Teilzeitjob bestünde? Wenn ja, dann könne ich nicht erwarten, ein Beschäftigung in meinem Beruf zu finden. Schließlich kann ein Kapitän, der von Hamburg nach Pirmasens umzieht, auch nicht erwarten, in Pirmasens als Kapitän zu arbeiten! Es verweigert mir die „Sprache, als er rauskriegt mit seinen „Vorschlägen“. „Sie könnten doch ins Büro oder in den Verkauf (Vorwettbewerb)“! Meine Bemerkung, ich könnte ja auch ins Büro gehen, nimmt er freudig auf. „Ja, damit müssen Sie rechnen. Darf ich dann in Ihrer Karte vermerken, daß Sie auch minderqualifizierte Arbeiten annehmen würden? Wenn Sie dann nicht zustimmen, müssen Sie mit einer Kürzung Ihrer Bezüge rechnen.“ Er wünscht mir sogar noch fröhliche Welt!

Ich bin am Ende mit meinen Nerven und ärgere mich heute noch in Trab, so daß ich abends entsprechend kaputt bin, völlig zum Unverständnis meines Mannes. Jetzt begreife ich langsam die Kinderfidelität unserer Gesellschaft, sie läßt nämlich schon beim Schwangerschaftsurlaub an. Ich kann mir vorstellen, daß die fehlende Perspektive vieler Frauen nach der Geburt ihres Kindes die Einstellung zum eigenen Beruf zu Kindern überhaupt beeinflusst. Zum Glück empfinde ich keinen Groll gegen meinen Sohn, aber den Wunsch nach einem zweiten Kind werde ich mir vorerst verheißeln. Vielleicht würde ich mit einer gesicherten Rückkehrmöglichkeit ins Berufsleben sogar eine positive Einzelne in Kind und Haushalt gewinnen können.

Dezember: Ich bekomme eine Aufforderung zur Arbeitsberatung. Die Hoffnung auf Umschulung oder Weiterbildungsmaßnahmen kann ich sofort begraben. „Umschulung für weitere Arbeitslosigkeit? Nein, das kommt für Sie nicht in Frage!“ Er hält mir einen Vortrag, daß es der „Versichertene-

AUS ALLES WELT

Jongleure des kalten Krieges

Die französische „Humanität“ veröffentlichte einen Kommentar von Max Leon, in dem es heißt, daß Jongleure des kalten Krieges täglich die Zirkusarene betreten. Der Beauftragte des USA-Präsidenten Carter für strategische Fragen sprach am 17. September von eventuellen „Repressionen“ gegen die UdSSR in „gespannten“ Regionen der Welt. Zitiert wurde eine Erklärung vom 18. September, daß die USA-Administration entschlossen gegen die Verstärkung des sowjetischen Einflusses, auch mit militärischen Mitteln, vorgehen wird. Der Kommentator bemerkt, daß geographisch sehr nahe zu uns, und zwar in Westdeutschland, genau im Vorfeld der Grenzen für sozialistischen Länder, durch den Donner der großangelegten Kriegsbomben einer nach dem anderen zu hören war: Da gab es die Er-

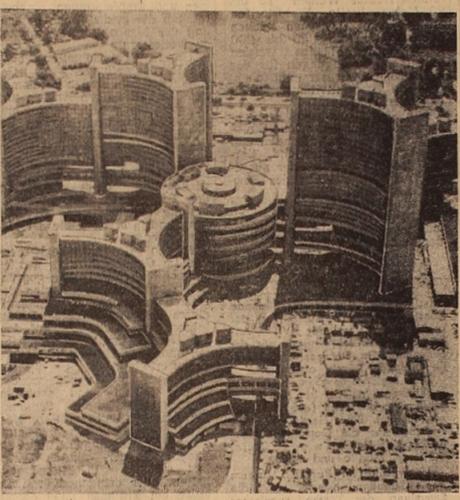
klärungen des amerikanischen Generals Rogers, des neuen Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa, der zusätzliche Anstrengungen auf dem Gebiet der Rüstung forderte, die Bestätigungen des westdeutschen Generals Schälze, Oberkommandierender der vereinigten NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa, über „aktive Vorbereitungen“ auf den chemischen und bakteriologischen Krieg sowie am 19. September die Mitteilung eines militärischen Führers der NATO über neue militärische Projekte auf vier Gebieten, insbesondere über die Schaffung eines Spionagedienstes bei der CIA und analoger Dienste der amerikanischen Streitkräfte, um die Aufklärungsorgane der anderen Mitgliedsländer des Paktes zu kontrollieren. Wie es in dem Kommentar der französischen Zeitung ferner heißt,

können diese Erklärungen Hunderten von anderen gleicher Art hinzugefügt werden, wobei sie alle in apokalyptischen Ausdrücken von einer bevorstehenden „sowjetischen Invasion“ handeln. Das Weiße Haus, das gemeinsam mit der „Lobby“ des kalten Krieges auftritt, hofft, diese im Laufe der Wahlkampagne vor den Präsidentenwahlen 1980 zu „entwässern“ und somit das Ansehen von Jimmy Carter zu festigen, dessen Unentschlossenheit und ungeschicktes Handeln Resentiments in allen Lagern hervorriefen. Washington versucht von vornherein eine erneute Vergrößerung von Militärausgaben in den Vereinigten Staaten sowie in den westeuropäischen Ländern zu rech-

fertigen, in denen die Öffentlichkeit eine Zurückhaltung an den Tag legt.

Wie in dem Beitrag von „Humanität“ ferner betont wird, versuchen die amerikanischen Strategien gegenüber den sozialistischen Ländern eine gewisse Erpressung anzuwenden, um diese zu zwingen, immer höhere Militärausgaben vorzunehmen, die für ihre Wirtschaft immer schwerer zu tragen sein würden. Und was noch wichtiger ist, beraiten sie ein eventuelles Durchbrechen der SALT-Abkommen dahingehend vor, daß das Weltgleichgewicht in allen Bereichen fortgesetzt wird, in denen sie hoffen, das Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu stören. Und schließlich wollen das Pentagon und die NATO die künftigen SALT-3-Verhandlungen von der Position der Stärke aus führen.

In dem Kommentar heißt es abschließend, daß alle diese Absichten gefährlich sind.



ÖSTERREICH. So sieht das „UNO-Städtchen“, wie man in Wien das am linken Donauufer errichtete Internationale Kongresszentrum nennt. Dessen architektonischer Komplex mit ungewöhnlicher Formgestaltung bildet mehrere Gebäude aus Beton, Metallkonstruktionen und Glas. Hier ist eine Reihe von UNO-Einrichtungen untergebracht.

Foto: TASS

Verbrecher werden begnadigt

Die israelischen Behörden haben den schändlichen Beschluß gefaßt, einen Kriegsverbrecher, der der Folter und des Mordes an vier libanesischen Bürgern schuldig ist und zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, zu begnadigen.

Wie während des Ermittlungsverfahrens festgestellt wurde, hatten der israelische Leutnant Daniel Pinto und zwei Soldaten im März 1978 in Südbanien vier unbewaffnete Zivilisten festgenommen, diese an Händen und Beinen gebunden, bestialisch mißhandelt, er-

würgt und dann ihre Leichen in einen Brunnen geworfen. Bei der Gerichtsverhandlung wurde die Schuld Pintos klar bewiesen, nichtsdestoweniger hat ein israelisches Berufungsgericht die Gefängnisstrafe auf acht Jahre herabgemindert.

Jetzt hat sich der israelische Generalstabchef Rafael Eitan in diese schändliche Angelegenheit eingemischt. Daraufhin wurde die Strafe auf zwei Jahre herabgesetzt. Alles spricht dafür, daß der Mörder in nächster Zeit auf freien Fuß gesetzt wird.

Volkordnung in Afghanistan

In Afghanistan soll eine Volkordnung errichtet werden, die die Interessen der Arbeiter, Bauern und anderer Werktätigen verteidigt. In diesem Zusammenhang wird die Demokratische Volkspartei von Afghanistan, Vorsitzende des Revolutionsrats und Ministerpräsident der Demokratischen Republik Afghanistan, Hafizullah Amin, erklärt, Amin, der vor den Vertretern der Pashturne in einem sprach die in den östlichen Provinzen des Landes leben, widerlegte eine Reihe der verbreiteten Erfindungen der Feinde der April-Revolution der ehemaligen Feudal- und Ausbeuter, die behaupten, daß in Afghanistan die Grundsätze der Demokratie, der Freiheit der Bürger mißachtet werden. Er erklärte, jeder dürfe ein beliebiges Gebiet des Landes besuchen und sich selbst von der Verlogenheit und Haltungslosigkeit dieser Propaganda überzeugen. Das afghanische Volk arbeite unbehindert in seiner Heimat, verrichte unbehindert seine religiösen Bräuche und überzeuge sich immer mehr von der achten Volksmöglichkeit der bestehenden Ordnung und von der

Verlogenheit der böswilligen Propaganda ihrer Feinde.

Der Staats- und Regierungschef betonte, daß die werktätigen Moslems Afghanistans gegen die Unterdrückung seitens der feudalen und anderen Ausbeuter kämpfen. Es handle sich nicht um einen Krieg zwischen den „Ungläubigen“ und den Verteidigern des Islam, sondern um einen Klassenkrieg zwischen den Werktätigen und den Ausbeutern, in dem die Werktätigen siegen.

Wie Amin ferner hervorhob, ist das afghanische Volk bestrebt, mit allen Ländern in Freundschaft zu leben. „Wir wollen Frieden und kämpfen für den Frieden. Wir verteidigen unsere Heimat gegen Überfälle. Wir wollen Bruderbeziehungen zu den Werktätigen Pakistans und Irans haben. Die pakistanischen Werktätigen unterstützen unsere Revolution, und jeder, der Afghanistan für seine Heimat hält, kann unbehindert heimkehren und zusammen mit seinen Brüdern und Schwestern leben. Wir werden jedoch den Feinden des afghanischen Volkes nicht erlauben, zurückzukehren.“

Hauptanwälte der Schergen

Kommentar

Auf der Sitzung des Befehlshabers des UNO-Vollversammlung ist die Entscheidung getroffen worden, die Vollmachten des Regimes Pol-Pol-Ingeng Sarj anzuernken. Nach Berichten aus New York traten auf der Sitzung des Ausschusses die USA und China als Hauptanwälte der auf Kampuchea vertriebenen Claque auf.

Die Haltung Pekings dürfte im großen und ganzen wohl kaum Erstaunen hervorrufen. War es doch gerade China, das seine Marionetten großzog und seinerzeit in Pnom Penh an die Macht brachte, Marionetten, die stets den Willen ihrer Herren ausführten und dafür von ihnen den Segen für ihre blutigen Verbrechen bekamen.

Was die Haltung der USA anbetrifft, so ist sie besonders zynisch. Ist doch allgemein bekannt, daß die Vertreter von Washington nicht müde werden zu wiederholen, daß der USA-Politik — sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik — die Sorge um den Schutz der Menschenrechte zugrundeliegt.

Und nun sehen wir, daß diese demagogischen Wortwühlereien Washingtons auf verschiedenen internationalen Konferenzen, die in den Vereinten Nationen, die Vereinigten Staaten nicht hindern, diejenigen in Schutz zu nehmen, die das Leben von rund drei Millionen Menschen auf dem Gewissen haben. Nach den ungeheuren Bestätigungen der Hitler-Faschisten hat die Welt noch nichts gekannt, was den Verbrechen von Pol Pot und Ieng Sary ähnlich gewesen wäre.

Überlegt man sich den politischen Sinn der Haltung Washingtons und Pekings gründlich, so wird klar, daß sich die USA und China nicht um die Anerkennung der nicht existierenden Pol-Pot-Regimes gemeinsam für Fortsetzung des Völkermords einsetzen, der von diesem verbrecherischen Regime in Kampuchea begangen wurde. Dar- aus ergibt sich, daß vom Standpunkt Washingtons und Pekings die bisherigen Opfer des kampuchesischen Volkes noch nicht ausreichen.

Mit der Haltung der Vertreter der USA und Chinas wird natürlich auch ein anderes Ziel verfolgt, nämlich die Anerkennung der legitimen Rechte der Volksrepublik Kampuchea, deren Friedenskurs auf dem internationalen Schauplatz immer mehr Unterstützung findet, in der UNO zu verhindern. Sie begehnen jedoch keine Rücksicht darauf, daß ungeachtet der Hindernisse, die Washington und Peking zu errichten versuchen, der Prozeß der inneren Anerkennung der Volksrepublik Kampuchea weitergeht und daß ihre Rechte in der UNO anerkannt und bestätigt werden.

Wladimir GONTSCHEW

Erklärung des französischen Außenministers

Der französische Außenminister Francois-Poncet erklärte im französischen Fernsehen: Ich verstehe nicht, wenn man davon spricht, daß die Information über die Anwesenheit sowjetischen militärischen Personals in Kuba das Gleichgewicht verletzete. Das strategische Gleichgewicht zwischen Ost und West besteht und kann in keiner Weise durch diese Information angefaßt werden. Zudem glaube ich nicht, daß sie sehr neu ist. Sie muß zweifelsohne im Zusammenhang mit der in den USA schon begonnenen Wahlkampagne betrachtet werden. Ich denke, daß man nicht von einer Veränderung des Gleichgewichtes zu Gunsten der Sowjetunion reden kann. Das Gleichgewicht besteht in der Tat, und der zwischen der UdSSR und den USA abgeschlossene SALT-2-Vertrag, der dem Senat und dem Kongreß zur Ratifizierung vorgelegt werden soll, beruht auf der Idee der Gleichheit. Es sei hier daran erinnert, daß der Ministerpräsident Frankreichs darauf hinwies, daß dieser Vertrag unserer Ansicht nach das Gleichgewicht unterstützt und festigt. Wir sind der Meinung, daß man von der Idee ausgehen soll, daß das Gleichgewicht besteht und derzeit nicht gestört ist.“

Kampfstoff-Skandal in der BRD

Polizei und Militär in Gasmasken räumen die verlassenen Lager mit giftigen Kampfstoffen und zersplitterten Abfällen ihrer Produktion auf dem Gelände der Firma Hugo Stolzberg in Hamburg. Dort wurden etwa 500 Tonnen hochgiftiger chemischer Stoffe und Geschosse mit Giftgasen Tabun, Sarin und Phosgen entdeckt. Die Bewohner der in der Nähe gelegenen Häuser wurden evakuiert. Eine Reihe von Industriebetrieben wurden stillgelegt.

Ein Vertreter des Verteidigungsministeriums der BRD leugnete auf einer Pressekonferenz ab, daß die Bundeswehr mit der Produktion von giftigen Kampfstoffen durch die Firma Hugo Stolzberg etwas zu tun hat. Er mußte jedoch zugeben, daß Mitte der 60er Jahre die Bundeswehr von dieser Firma mit Zustimmung der westeuropäischen Union 15 Kilogramm solcher Stoffe zur „Erprobung von Mitteln des chemischen Schutzes“ bezogen hat. Im Jahre 1971 ließ der bekannte Schriftsteller Günter Wallraff in der Presse eine Mitteilung veröffentlichen, wonach in der Firma Hugo Stolzberg chemische Waffen gelagert werden, die nicht nur in den Jahren des Krieges, sondern viel später produziert wurden. Darüber informierte auch die Vorsitzende der Hamburger Organisation der FDP Helga Schuhardt. Diese Signale waren jedoch ohne Antwort geblieben.



In den Straßen der spanischen Stadt San Sebastian kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Der Grund für Aktionen war das unheimliche Vorgehen der Polizei beim Ausmarsch der hier organisierten massenhaften Manifestationen. Die „Ordnungshüter“ machten von Gummikugeln und Tränengasgranaten Gebrauch.

Im Bild: In den Straßen von San Sebastian. Foto: AP-TASS

In wenigen Zeilen

HANOI. Die chinesische Seite drückt sich mit Absicht vor der Erörterung der realen Vorschläge Viennas von der Einleitung von Sofortmaßnahmen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in den Grenzgebieten beider Länder. Deshalb ist bei den vietnamesisch-chinesischen Verhandlungen bisher kein Fortschritt erzielt worden. Das geht aus einem in Hanoi veröffentlichten Memorandum der Presseabteilung des Außenministeriums der Sozialistischen Republik Vietnam hervor.

Gleichzeitig rüste China lieberhaft zum Krieg, verläre die Truppen und Rüstungen in unmittelbarer Nähe der vietnamesisch-chinesischen Grenze. Das alles stelle eine ernste Gefahr für die Sicherheit Viennas, für Frieden und Stabilität in Südostasien dar, wird in dem Dokument unterstrichen.

LUANDA. Die Volksrepublik Angola werde ihrer sozialistischen Wahl der Innen- und Außenpolitik Angetrieben. Das erklärte der Vorsitzende der MPLA-Partei der Arbeit und Präsident der VR Angola, Jose Eduardo Dos Santos, nach dem Verteidigungserkenntnis.

Dos Santos unterstrich die feste Entschlossenheit der MPLA-Partei der Arbeit der Regierung der VR Angola und des gesamten angolanischen Volkes, das große von Präsident Agostinho Neto in Angriff genommene Werk, in Angola eine neue, dem Prinzipien des Marxismus-Leninismus basierende Gesellschaft aufzubauen, bis zum Endsieg zu führen.

WASHINGTON. Präsident Carter hat dem Kongreß das Programm zusätzlicher Militärausgaben im Rahmen des Budgets für das Haushaltsjahr 1980 in Höhe von 2,7 Milliarden Dollar zugestimmt. In einer Begründung des Pentagon wird angegeben, daß 885,5 Millionen Dollar als Ausgaben für Brennstoff und Treibstoff für die Armee gedacht sind. Das Pentagon fordert zusätzlich 470 Millionen Dollar zur Finanzierung der 500 000 USA-Angehörigen und 2 500 Militärstützpunkte und Militäranlagen im Ausland.

Diese zusätzlichen Ausgaben bedeuten ein Anwachsen der Militärausgaben der USA im Haushaltsjahr 1980 um drei Prozent. Sabine BEHRENDT

